



KOMMENTAR

Von GA-Redakteur
Christoph Meurer

Zulasten der Anlieger

Es ist ein Unding, dass das Land NRW und der Bund ihren Streit um die Sanierung des Bornheimer Rheinufer auf dem Rücken der dortigen Anlieger austragen. Nichts anderes passiert gerade. Zwar erfolgten bekanntlich Arbeiten, um das Rheinufer provisorisch zu stützen, doch immer noch streiten sich die Parteien darum, wer diese zu bezahlen hat. Vor Beginn der Arbeiten hatten Land und Bund einen Vertrag geschlossen, dass man sich die Kosten zunächst teilt und später gerichtlich klären lässt, wer alles bezahlen muss.

Bislang hat das dafür ange-setzte Güterichterverfahren offenbar noch keine Lösung zutage gebracht. Allerdings kann man nicht davon ausgehen, dass die um einiges teurere endgültige Sanierung des Rheinufer angegangen wird, bevor der Streit um das Provisorium abgeschlossen ist. Aus Sicht von Land und Bund kann man das nachvollziehen. Schließlich kann durch ein Mediationsverfahren oder ein Urteil ein Präzedenzfall für die richtig teuren Arbeiten geschaffen werden, um das Rheinufer dauerhaft standfest zu machen. Bis am Ufer also Arbeiter und Maschinen anrücken, wird noch sehr viel Wasser den Rhein hinunterfließen.

Für die Anlieger bedeutet das allerdings, dass sie weiter in der Ungewissheit leben müssen, ob das Rheinufer nicht doch irgendwann abrutscht und ihre Grundstücke in Mitleidenschaft zieht – eine mit Sicherheit nur schwer erträgliche Situation. Warum schließen Land und Bund nicht einen weiteren Vertrag? Die Kosten auch für die endgültige Rheinuferanierung werden ebenso zunächst geteilt und später vor Gericht diskutiert. Dann können Land und Bund ihren Streit in dieser Sache bis in die letzte Instanz ausfechten, während die Arbeiten indes schon beginnen könnten. Und die Rhein-anlieger in Bornheim müssten nicht mehr mit bangen Blicken zum Fluss hinunterschauen.

Frau vertreibt Einbrecher

BORNHEIM-DERSDORF. Die Polizei sucht nach einem Unbekannten, der versucht hat, am Samstag gegen 4 Uhr in ein Einfamilienhaus am Bannweg in Dersdorf einzubrechen. Vereitelt wurde die Tat durch eine Bewohnerin, die durch Geräusche geweckt worden war. Als sie der Ursache auf den Grund gehen wollte, bemerkte sie einen Mann, der gerade im Begriff war, durch ihr geöffnetes Schlafzimmerfenster einzusteigen. Beim Anblick der Frau flüchtete der Ertappte. Der Tatverdächtige wird wie folgt beschrieben: vermutlich jünger als 18 Jahre, dunkelhaarig, lange Jeanshose und T-Shirt. Zudem trug er einen schwarzen Rucksack. Hinweisen an ☎ 02 28/1 50. *meu*

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Aufgrund der Umstellung eines IT-Systems in unserem Hause hat sich die Abbuchung der Abonnementgebühren im Juli leider verzögert. Diese Abbuchung erfolgt in den nächsten Tagen. Die Abbuchung im August wird sich voraussichtlich auf die Monatsmitte verschieben. Wir bitten um Ihr Verständnis. Vielen Dank.

Ihr General-Anzeiger

„Der Hang ist in Bewegung“

Das Bornheimer Rheinufer bleibt abrutschgefährdet. Bisher gibt es keine Lösung im Streit um die Sanierung

VON CHRISTOPH MEURER

BORNHEIM. Von seinem Haus aus hat Ralf Stark einen wunderbaren Blick auf den Rhein. Er sieht aber auch das rot-weiße Warnschild. Ein großes, schwarzes Ausrufungszeichen prangt darauf, darunter steht „Gefahr von Hangrutschung“. Seit Jahren ist bekannt, dass das Bornheimer Hochufer abrutschgefährdet ist. Bekanntlich war das Ufer von November 2013 bis weit ins Jahr 2014 hinein von den Widdiger Rheinterrassen bis zur Einmündung in Höhe der Siegstraße in Hersel gesperrt. Seit Juni 2014 weist die Stadt Bornheim mit Schildern auf mögliche Gefahren hin.

„Der Hang ist in Bewegung“, sagt Stark. Er zeigt auf zahlreiche Risse und Bruchkanten auf dem Rheinuferweg. Was provisorisch geflickt wurde, ist zum Teil schon wieder aufgerissen. Für Stark und andere Rhein-anlieger in Widdig und Uedorf bedeutet das eine abstrakte Gefahr, die sehr schnell konkret werden kann. Wenn das Ufer abrutscht, könnte auch Starks Haus davon in Mitleidenschaft gezogen werden. Wäre Gefahr in Verzug, könnte die Stadt Bornheim als zu-



Einer von vielen Rissen im Rhein-uferweg.

ständige Behörde veranlassen, dass Stark und seine Familie aus dem Haus und etwa in ein Hotel müssen. Und das könnte auch anderen Bewohnern des Rheinufer passieren.

Dass das Ufer umfassend saniert werden muss, ist unstrittig. Bei der Frage, wer das bezahlen muss, sieht es hingegen weiterhin anders aus. Wie berichtet, liegt der Fall schon seit Längerem beim Oberverwaltungsgericht (OVG) NRW in Münster. Bekanntlich streiten sich das Land NRW und der Bund um die Frage, wer bezahlen muss – und zwar zunächst nur die bereits erfolgten provisorischen Sanierungsmaßnahmen. Das Land wird durch das Landesumweltministerium vertreten, der Bund wiederum durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV).

Zur temporären Sicherung des abrutschgefährdeten Ufers wurden in den Jahren 2010/11 unter anderem tonnenschwere Steine in die Böschung gekippt. Kosten: rund 1,4 Millionen Euro. Gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von Juli 2015, dass der Bund zahlen müsse, hatte die WSV beim OVG Antrag auf Zulassung der Berufung eingereicht, dem auch stattgegeben wurde. Bevor die provisorischen Sanierungsarbeiten erfolgt waren, war vereinbart worden, dass sich Land und Bund die Kosten zunächst teilen und dann gerichtlich klären lassen, wer letztlich zuständig ist.

Davon unabhängig werden sich Bund und Land vermutlich später einmal darüber streiten, wer die vollständige und endgültige Sanierung des Ufers bezahlt. Diese Kosten werden deutlich höher ausfallen. Laut Anwohner Stark hatte ein Gutachter einmal errechnet, dass 100 Meter Böschung rund 577 000 Euro kosten würden. Zum Vergleich: Der von der Stadt Bornheim gesperrte Abschnitt war rund 2,4 Kilometer lang.

Um den Streit um die Finanzierung der provisorischen Arbeiten zu lösen, hatte das OVG den Parteien ein sogenanntes Güterichterverfahren vorgeschlagen – also eine Mediation mit dem Ziel einer



Mit Schildern weist die Stadtverwaltung auf die Gefahr des Hangabrutsches hin.

FOTOS: MEURER

außergerichtlichen Lösung. Das war bereits im Sommer 2017. Danach wurde es still darum. Und auch jetzt gibt sich das OVG in der Sache zugeknöpft. Auf Nachfrage des General-Anzeigers sagt OVG-Sprecherin Gudrun Dahme lediglich, dass das Verfahren ange-laufen sei. Zu den Inhalten und der Dauer des nicht öffentlichen Ver-

fahrens könne sie nichts sagen. Ganz gleich, wer am Ende was bezahlt, Anwohner Stark geht davon aus, dass auch die Anlieger anteilig zur Kasse gebeten werden. Um darauf vorbereitet zu sein, hatte der promovierte Rechtsanwalt im August 2015 die Interessengemeinschaft „Rheinufer Bornheim“ gegründet. Knapp 40 Interessierte aus

Widdig und Uedorf waren damals seiner Einladung gefolgt. „Um die Interessengemeinschaft ist es aber ruhig geworden“, sagt Stark. Die Luft sei raus. Er selbst wird jedoch nicht aufgeben.

Seine Unterlagen dazu füllen bereits einen gesamten Aktenordner. Vermutlich dürfte es nicht der einzige bleiben.

Neue Klassenräume, Kabel und Fußböden

Alfter und Bornheim investieren in den Sommerferien viele Hunderttausend Euro in die Sanierung ihrer Schulen

VON CHRISTOPH MEURER

ALFTER/BORNHEIM. Sommerferien: Schüler und Lehrer genießen die Freizeit, in so mancher Schule im Vorgebirge herrscht aber dennoch emsiges Treiben. Schließlich wird die unterrichtsfreie Zeit von den Kommunen gerne dazu genutzt, um Arbeiten an den Gebäuden erledigen zu lassen. Das gilt natürlich auch für Bornheim und Alfter.

Nicht nur, aber auch in den Sommerferien wird an der Grundschule in Witterschlick gearbeitet. Aufgrund der starken Nachfrage an Betreuungsplätzen in der Offenen Ganztagschule (OGS) sowie um den steigenden Schülerzahlen gerecht werden zu können, wird das Gebäude erweitert. „Die Bauphase wird auch noch während des laufenden Schulbetriebes stattfinden“, sagt Alfters Pressesprecherin Maryla Günther. Wie berichtet, werden daher in der kommenden Woche zwei Raummodule auf dem Parkplatz vor dem OGS-Gebäude für die OGS bereitgestellt. Vorab sollen die Bauarbeiten für die Strom-, Wasser- und Abwasseran-

schlüsse erfolgen. Die Erweiterung der Grundschule Witterschlick kostet laut Günther 1,35 Millionen Euro. Sie wird mit Mitteln aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ sowie mit Geldern aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) unterstützt. Ebenso steht in den Ferien die Erneuerung von Decken und Heizung in der Witterschlicker Turnhalle an. Teile der Kosten von 220 000 Euro werden laut Günther ebenfalls mit Mitteln des KInvFG beglichen. Ebenso gibt es Geld aus dem Förderprogramm „Kommunales Energiekonzept (KEK)“ des Energieunternehmens Innogy.

Auch die Bornheimer Stadtverwaltung nutzt die Sommerferien für Arbeiten in ihren Schulen. „Dabei geht es vor allem um Baumaßnahmen, die während des Schulbetriebs kaum umsetzbar wären“, sagt Rainer Schumann von der städtischen Pressestelle. Ein Schwerpunkt liegt laut Schumann bei der weiteren Umsetzung des Medienentwicklungsplans. „So installieren Handwerker in den Grundschulen in Bornheim und

Hersel die Kommunikations- und Elektroverkabelung.“ Um diese Schulen zu modernisieren, investiert die Stadt in Bornheim 225 000 Euro und in Hersel 315 000 Euro. Fördermittel steuert das Programm „Gute Schule 2020“ bei.

Weitere Fördermittel aus dem Programm nutzt die Stadt zur Verbesserung des Brandschutzes an der Herseler Grundschule. Schumann: „Dort erneuern Handwer-

ker Türen und Schließsysteme.“ Die Kosten belaufen sich auf 15 000 Euro. Ebenfalls mit Fördermitteln werden Schallschutzmaßnahmen an den Grundschulen in Rösberg und Roisdorf finanziert. In Roisdorf wird für 8200 Euro die Akustik in einem Klassenraum verbessert, in Roisdorf für 8400 Euro die Akustik in der Mensa. „Darüber hinaus investiert die Stadt Bornheim zwischen 15 000 und

20 000 Euro für neue Böden in der Grundschule Rösberg“, so Schumann. Handwerker erneuerten im Erdgeschoss des Hauptgebäudes den Bodenbelag samt Unterkonstruktion.

Zusätzlich zu den Arbeiten, die in den Sommerferien stattfinden, plant die Stadt unter anderem die zweite Stufe der Sanierung der Turnhalle in Sechtem. „Nach dem Hagelschaden 2017 ist die Turnhalle inzwischen mit Unterstützung der Versicherung wieder saniert worden“, erläutert Schumann. Jetzt arbeite die Verwaltung mit einem Architekten und Ingenieuren an der Planung für die Sanierung der Umkleiden, Duschen, Toiletten und Nebenräume.

Der Baubeginn soll Ende des Jahres sein. Die voraussichtlichen Kosten betragen etwa 720 000 Euro. Derzeit wird laut Stadt ebenfalls geprüft, welche Arbeiten an der Fassadenverkleidung notwendig sind. Schumann: „Aus der ursprünglich geplanten Erneuerung des Hallenbodens ist inzwischen eine Generalsanierung der gesamten Turnhalle geworden.“



Elektroinstallationen: In der Bornheimer Johann-Wallraf-Schule ziehen die Handwerker Kabel ein.

FOTO: MATTHIAS KEHREIN